Stand: 16.12.2025 10:51:45

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/6438

"G9-Pilotschulen ausweiten!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/6438 vom 06.05.2015
2. Plenarprotokoll Nr. 44 vom 07.05.2015
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/7236 des BI vom 21.05.2015
4. Beschluss des Plenums 17/7448 vom 08.07.2015
5. Plenarprotokoll Nr. 49 vom 08.07.2015

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 06.05.2015 **Drucksache 17/6438**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

G9-Pilotschulen ausweiten!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die bisher 24 nicht bedachten Bewerbungen von Gymnasien auf Teilnahme zum Pilotversuch „Mittelstufe Plus“ unverzüglich zuzulassen, da hier bereits das Einverständnis aller Beteiligten vor Ort vorliegt und somit alle Rahmenbedingungen für die Bildung der „Mittelstufe Plus“ gegeben sind.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert zu ermöglichen, dass sich zudem unverzüglich kommunale und private Gymnasien für die Etablierung der „Mittelstufe Plus“ bewerben können.

Begründung:

Mit der überaus großen Zustimmung zu einem neunjährigen Gymnasium in Bayern – durchschnittlich haben sich 60 Prozent für das G9 entschieden – hat sich gezeigt, dass sich die gymnasiale Schulfamilie die Wahlfreiheit zwischen acht- und neunjährigem Gymnasium wünscht. Einen ähnlichen Weg hat nun auch die Staatsregierung eingeschlagen – mit dem vorgeschalteten Pilotversuch „Mittelstufe Plus“.

Ministerpräsident Seehofer hat bereits Ende April zum Abschluss einer CSU-Vorstandsklausur im Kloster Andechs zugesagt, dass die auf zwei Jahre angelegte Pilotphase nicht am Geld scheitern werde. „Wenn die Bevölkerung sich in diesem Ausmaß entscheidet, werden auch die notwendigen Ressourcen zur Verfügung gestellt“, wurde der Ministerpräsident in mehreren bayerischen Tageszeitungen zitiert.

Insgesamt 24 Gymnasien, die sich für die „Mittelstufe Plus“ beworben hatten, wurden im Auswahlverfahren des Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst nicht bedacht. Unserer Einschätzung nach können diese genannten Schulen unverzüglich aufgenommen werden, da die Schulfamilie vor Ort ihren Willen für eine neunjährige Gymnasialform bereits deutlich gemacht hat, das Einverständnis aller Beteiligten vorliegt und somit alle Rahmenbedingungen für die Bildung der „Mittelstufe Plus“ gegeben sind.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Ich habe mich bereits mit den Sprechern der Volksfestwirte und der Wiesnwirte, mit den bayerischen Marktkaufleuten und Schaustellern sowie mit den Festwirten des Gäubodenvolksfestes über einen praxisnahen Bezug des Arbeitszeitgesetzes geeinigt. Danach dürfen die Beschäftigten auf allen bayerischen Volksfesten bis zu zehn Stunden täglich einschließlich Sonn- und Feiertagen arbeiten. Das geht einfach und schnell. Es ist kein Antrag, keine Prüfung des Einzelfalls und keine Ausnahmebewilligung erforderlich. Diese Lösung ist sicher auch im Interesse der Arbeitnehmerinnen und der Arbeitnehmer.

Klar ist, dass die Sicherheit und der Gesundheitsschutz der Beschäftigten im Vordergrund stehen. Wir sollten aber nicht päpstlicher als der Papst sein. Wer aus eigenem Antrieb für einen kurzen Zeitraum mehr als acht Stunden täglich arbeiten will, der darf das in diesen Ausnahmefällen machen. Die Ruhezeiten folgen im Anschluss daran.

Über diese Regelung hinaus sind künftig in Ausnahmefällen auch Arbeitszeiten bis maximal zwölf Stunden täglich möglich. Das haben die Arbeits- und Sozialminister der Länder im April beschlossen – das ist vorhin ja auch schon diskutiert worden. Ich habe diesen Beschluss mit initiiert, weil es mir ein Anliegen ist, dass wir auf der Bundesebene in allen Ländern dieselben Voraussetzungen haben. Diese Möglichkeit besteht für Festwirte, Marktkaufleute und Schausteller, die nur zu bestimmten Jahreszeiten arbeiten. Gleiches gilt übrigens für die Landwirtschaft, für Hotels und Gaststätten. Auch hier sind längere Arbeitszeiten möglich, wenn sie Saisonbetriebe sind.

Voraussetzung für längere Arbeitszeiten bis zwölf Stunden ist, dass die Sicherheit und der Gesundheitsschutz der Beschäftigten gewährleistet sind. Dafür steht die Gefährdungsbeurteilung. Sie ist Grundlage für die Genehmigung durch das Gewerbeaufsichtsamt. Dies fehlt im Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER komplett. Deshalb können wir diesem Dringlichkeitsantrag nicht zustimmen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das hätte uns auch gewundert!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit haben wir zwei praxisnahe und unbürokratische Möglichkeiten für längere Arbeitszeiten. Bis zu zehn Stunden täglich sind für Volksfestwirte und für Schausteller ohne Antrag und Genehmigung möglich. Bis zu zwölf Stunden täglich genehmigt das Gewerbeaufsichtsamt bei entsprechender Gefährdungsbeurteilung. Damit können Wirte, Beschäftigte und Volksfestbesucher sehr gut leben, und wir auch. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Staatsministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/6436 – das ist der Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CSU, SPD und FREIE WÄHLER. Gegenstimmen, bitte! – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. – Stimmenthaltungen? – Sieben Enthaltungen bei der SPD. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/6454 – das ist der Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER –, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen, bitte! – CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Stimmenthaltungen? – Diesmal keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/6437 bis 17/6442 sowie 17/6455 bis 17/6457 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich gebe jetzt drei Ergebnisse von namentlichen Abstimmungen bekannt.

Ich komme zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martina Fehlner, Dr. Christoph Rabenstein und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Für Medienvielfalt in Bayern. Regionale Werbemärkte müssen für nationale TV-Konzerne tabu bleiben" auf Drucksache 17/6433. Mit Ja haben 61 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 85 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Ich komme zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "Regionale Werbemärkte: Medienvielfalt erhalten, neue Chancen nutzen - für eine Lösung im Konsens" auf Drucksache 17/6451. Mit Ja haben 85 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 60 Abgeordnete gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 21.05.2015 **Drucksache** 17/**7236**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Kultus

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 17/**6438**

G9-Pilotschulen ausweiten!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Günther Felbinger**
Mitberichterstatter: **Otto Lederer**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Bildung und Kultus federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 29. Sitzung am 21. Mai 2015 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Enthaltung
   Ablehnung empfohlen.

Martin Güll
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 08.07.2015 **Drucksache** 17/**7448**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/**6438**, 17/**7236**

G9-Pilotschulen ausweiten!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote
Abg. Günther Felbinger
Abg. Otto Lederer
Abg. Martin Güll
Abg. Thomas Gehring

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 13** auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
G9-Pilotschulen ausweiten! (Drs. 17/6438)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist Kollege Felbinger. Bitte schön, Herr Felbinger.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn sich 60 % der Schülerinnen und Schüler zusammen mit ihren Eltern an Bayerns G-9-Pilotschulen für die sogenannte Mittelstufe plus, also die Wahlfreiheit zwischen G 8 und G 9 entschieden haben, ist dies eine erfreuliche Tatsache und gleichzeitig für uns FREIE WÄHLER natürlich eine Bestätigung, dass eine neunjährige Gymnasialform von den Schülerinnen und Schüler und Eltern gewünscht wird und wir mit der von uns FREIEN WÄHLERN vorangetriebenen Wahlfreiheit wieder einmal die richtige Spur gelegt haben. Diese muss jetzt auch weiter verfolgt werden. 71 Gymnasien haben sich bereits auf den Weg gemacht und wollen für ihre Schülerinnen und Schüler mehr Zeit, sei es für das Lernen oder auch für sinnvolle Dinge wie Sport, Musik oder ehrenamtliche Tätigkeiten oder Aktivitäten.

(Ingrid Heckner (CSU): Ist Lernen nicht sinnvoll?)

– Bitte?

(Ingrid Heckner (CSU): Ob Lernen nicht sinnvoll ist, weil Sie sagen: Oder für sinnvolle Dinge!)

– Oder für andere sinnvolle Dinge. Genau zuhören, Frau Kollegin.

(Ingrid Heckner (CSU): Nein, das haben Sie nicht gesagt!)

Diese Gymnasien haben sich beworben, aber nur 47 von ihnen sind nach einem angeblich regionalisierten Auswahlverfahren bestimmt worden, und 24 wurden aus für uns bis heute und auch nach der ausführlichen Diskussion im Bildungsausschuss nicht nachvollziehbaren Gründen abgelehnt – nicht nachvollziehbar deswegen, weil, wenn man sich die glücklichen 47 ansieht, weder regionale Besonderheiten noch Größe oder Sprachenfolge oder Ausbildungsrichtung dabei wirklich entscheidende Parameter darstellen. Wie könnte es sonst sein, wenn von zwei nahezu gleich großen Gymnasien in Kronach eines ausgewählt wird?

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Warum werden von zwei sich zusammen bewerbenden Gymnasien in Lindau beide abgelehnt? – Kurzum: Bei den 24 abgelehnten Gymnasien herrschen Enttäuschung, Unverständnis und Ratlosigkeit vor. Deswegen wollen wir FREIE WÄHLER, dass dies auch die abgelehnten Gymnasien noch auf den Wahlfreiheitszug aufspringen können, die dies partout wollen.Das werden sicher nicht mehr alle 24 Gymnasien sein, aber wahrscheinlich einige wenige. Da bereits morgen im Bildungsausschuss eine Petition zu diesem Thema behandelt wird, sollten Sie von der CSU Ihre bisherige ablehnende Haltung überdenken; denn was kann Ihnen denn Besseres passieren als eine Zustimmung zu einer Gymnasialreform, nachdem Sie jetzt zwölf Jahre lang eine misslungene G-8-Kosmetik betrieben haben?

Unser Appell: Stimmen Sie unserem Antrag zu. Der Ministerpräsident hat die dafür ohnehin geringen Ressourcen bereits bei der CSU-Vorstandsklausur im April in Andechs zugesagt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Felbinger. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Lederer. Da kommt er. Bitte schön, Herr Lederer.

Otto Lederer (CSU): Verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir behandeln heute im Plenum das Thema Gymnasium und speziell das Thema Mittelstufe plus zum xten Mal. Selbst mir als ehemaligem Gymnasiallehrer fällt auf, dass dies ein Stück weit übertrieben ist. Gefühlt scheint sich die öffentliche Debatte nur noch ums Gymnasium zu drehen. Dabei geraten andere wichtige bildungspolitische Themen wie zum Beispiel die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung oftmals in den Hintergrund.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Das Thema haben wir heute gehabt!)

Obwohl das Thema Gymnasium hier schon oft behandelt wurde, haben die FREIEN WÄHLER den Unterschied zwischen der Mittelstufe plus als Mittel der individuellen Lernzeit und dem G 9 leider immer noch nicht verstanden. Herr Felbinger, ich fürchte, bei Ihnen wird hier im Jahreszeugnis ein "Ungenügend" stehen.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die CSU hat bezüglich der Weiterentwicklung des Gymnasiums einen logisch aufgebauten Plan verfolgt. Wir haben im vergangenen Jahr einen Bildungsdialog durchgeführt. Am Ende dieses Bildungsdialogs haben wir ein Konzept erarbeitet. Es gab hier Fraktionen, die versucht haben, diesen Bildungsdialog, während er noch lief, mit entsprechenden Gesetzentwürfen frühzeitig zu beenden. Wir haben jedoch das Ende des Dialogs abgewartet und dann ein Konzept erarbeitet. Im September 2014 haben wir dann in Banz dieses Positionspapier vorgestellt. Es enthält vier wichtige Säulen: Lehrplan, Lehrerbildung, Gymnasialpädagogik und als viertes die individuelle Lernzeit.

Innerhalb der individuellen Lernzeit ist nun die Mittelstufe plus ein Mittel der Förderung. Dennoch gab es heftigste Kritik vonseiten der Opposition, obwohl dieses Thema noch nicht einmal im Landtag besprochen worden war. Damals war die Rede von "Sackgasse", "Murks", "Note mangelhaft", "Sitzenbleiberklasse" usw. Wir haben uns

nicht beirren lassen und die Einführung der Mittelstufe plus konsequent weiterverfolgt, indem wir eine Pilotphase vorgeschaltet haben.

Für diese Pilotphase haben sich 71 Schulen beworben und die dafür notwendigen Mindestvoraussetzungen erreicht. 47 dieser Schulen, mehr, als ursprünglich gedacht, wurden am 13. März für diesen Pilotversuch ausgewählt. Dabei wurden verschiedenste Kriterien berücksichtigt: die regionale Verteilung, der Unterschied zwischen Großstadt, Stadt und Landkreis, die Größe der Schulen und die Zweige, bis hin zur Sprachenfolge. Aber auch diese Pilotphase stand unter heftigster Kritik. Ich möchte dazu noch einmal Herrn Kollegen Felbinger zitieren. In dem Protokoll vom 22. April 2015 aus diesem Hohen Hause kann man Folgendes nachlesen: Für uns ist klar, dass Ihre Pilotphase so angelegt ist, dass sie scheitern soll.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Hört, hört!)

Das war am 22. April. Keine 14 Tage später kam der Antrag, alle Bewerbungen, auch die von Schulen, die nicht bedacht worden sind, für den Pilotversuch Mittelstufe plus unverzüglich zuzulassen. Herr Kollege Felbinger, ich glaube nicht, dass sich in diesen zwei Wochen so viel geändert hat. Mir ist das jedenfalls nicht bekannt.

(Beifall bei der CSU)

Daraus kann man jetzt natürlich Schlussfolgerungen ziehen: Entweder haben Sie es darauf angelegt, 24 weitere Schulen ins Scheitern zu stoßen, was ich nicht glaube; denn einen solchen Politikstil verfolgen Sie nicht. Es könnte aber auch sein, dass Sie schon damals die Erkenntnis hatten, dass die Mittelstufe plus gar nicht so schlecht ist. Dann hätten Sie sie aber schlechtgeredet. Das wäre ebenfalls kein sehr guter Politikstil.

Unabhängig davon können wir diesem Antrag nicht zustimmen. Mit den fast 50 Pilotschulen haben wir eine sehr hohe Repräsentanz. Wir sehen keinen Grund, diese ausgewogene und durchdachte Systematik irgendwo abzuändern. Darüber hinaus muss

man wissen, dass die Pilotschulen in den letzten vier Monaten nicht untätig waren. Durch nachhaltige Betreuung auf regionaler und lokaler Ebene und durch die intensive Begleitung durch Projektteams wurden pädagogische, schulische und organisatorische Aufgaben gemeistert. Nur ein paar Beispiele: Eine eigene Stundentafel wurde erarbeitet. Die Klassen- und Gruppenbildung für die Unterrichtsplanung wurden abgeschlossen. Daneben wurde vieles mehr geleistet. Diese Vorarbeit könnte eine Schule in der verbleibenden Zeit meines Erachtens kaum mehr leisten. Deshalb wäre eine solche Schule auch nicht optimal vorbereitet.

Die Teilnahme an der Pilotphase wäre für diese Schülerinnen und Schüler und diese Lehrerinnen und Lehrer sicherlich nicht mehr sinnvoll. Auch die Erkenntnisse, die nach dieser Pilotphase gewonnen werden, wären unter diesen Bedingungen nicht mehr vergleichbar. Deswegen halte ich es hier mit dem Vorsitzenden der Bayerischen Direktorenvereinigung, Herrn Karl-Heinz Bruckner, der gegenüber der "Augsburger Allgemeinen" seine Meinung kundtat. Ich darf aus dem Artikel zitieren:

> Es sei jetzt nicht der richtige Zeitpunkt, den Pilotversuch auf alle Gymnasien, die sich dafür beworben hatten, auszudehnen. Bruckner will, dass die "Mittelstufe plus" sorgfältig geprüft und entwickelt wird.

Ich kann mich dieser Meinung durchaus anschließen.

> (Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Lederer. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Güll. Bitte schön, Herr Güll.

Martin Güll (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Manchmal ist es ein bisschen armselig, wenn man sich solche Zitate immer zusammensucht und zusammenbaut, um etwas zu erklären. Die Frage, die Sie mit Ja oder Nein beantworten sollten, ist ganz einfach: Wollen Sie den Pilotversuch ausweiten oder nicht? – Wir brauchen dann nicht über das ganze Verfahren der Mittel-

stufe plus zu reden. Die Haltung der SPD ist klar: Wir lehnen die Mittelstufe plus ab, weil wir etwas anderes wollen. Wir wollen ein grundständiges und modernes G 9. Wenn es aber die Pilotphase der Mittelstufe plus gibt, warum sollte man dann Schulen, die sich darauf vorbereitet haben und daran teilnehmen wollen, von dieser Pilotphase ausschließen?

(Beifall bei der SPD)

Deshalb haben wir schon im Ausschuss dem Antrag der FREIEN WÄHLER zugestimmt. Herr Kollege Lederer, wir sollten einmal die Kirche im Dorf lassen: Eine Schule kann sich in ein paar Wochen – wir haben noch drei Monate bis zum Schulbeginn – auf diese Pilotphase vorbereiten. Die Mittelstufe plus ist weiß Gott kein Zauberwerk. Deshalb bin ich gespannt, was morgen passieren wird. Morgen werden einige Elternvertreter aus dem Landkreis Kronach in den Ausschuss kommen und uns darlegen, dass sie bei der Mittelstufe plus dabei sein wollen. Die Schule hat erklärt, dass sie darauf vorbereitet sei. Ich hoffe, Sie nehmen die Schulleitung und die Schule ernst; denn diese Petition wurde auch vom Landrat, vom Vizepräsidenten der IHK für Oberfranken, vom Dekan der Evangelisch-Lutherischen Kirche und vom Regionaldekan der Katholischen Kirche unterschrieben. Diese Leute sind nicht irgendjemand, sondern sie wollen, dass diese Schule die gleichen Chancen wie andere hat. Was in Kronach passiert ist, ist sehr interessant. Wir werden das morgen im Ausschuss erörtern. Die Anmeldezahlen der Schule, um die es hier geht, sind nämlich massiv eingebrochen, weil die Eltern eine andere Schule wollen. Darum geht es hier nicht um eine Wettbewerbsverzerrung. Ich hoffe, dass Sie Ihre Haltung noch einmal überdenken, damit wir wenigstens in diesem konkreten Fall Abhilfe schaffen können.

Ich bleibe dabei: Wenn es den Versuch gibt, sollte er auch so breit wie möglich angelegt werden. Deshalb stimmen wir dem Antrag der FREIEN WÄHLER nach wie vor zu und hielten es für richtig, dass das Hohe Haus insgesamt diesem Antrag zustimmt.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Güll. – Der nächste Redner ist Herr Gehring. Bitte schön.

Thomas Gehring (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Hinsichtlich der Wahlfreiheit zwischen G 8 und G 9 gibt es eine große Begriffsvielfalt und eine große Freiheit in der Verwendung dieser Begriffe. Manchmal reden die FREIEN WÄHLER von der Einführung des G 9, dann wieder von der Wahlfreiheit. Herr Kollege Lederer hat von der individuellen Lernzeitverlängerung gesprochen. Eigentlich handelt es sich dabei um das Flexijahr. Bei der Mittelstufe plus handelt es sich eben nicht um eine individuelle Lernzeitverlängerung, sondern eine Lernzeitverlängerung im Klassenverband. Das Modell kritisieren wir, da es in der Praxis eine Reihe von Problemen aufweisen wird.

Ich denke, 47 Schulen sollten zunächst einmal diesen Weg gehen. Die Probleme werden nächstes Jahr, wenn es um die Anmeldezahlen geht, wiederkommen. Wenn die Anmeldezahlen unterschiedlich sind, wird die Klassenbildung erschwert. Außerdem liegt kein pädagogisches Konzept für die vier Jahre vor. Lediglich der Unterricht wird anders verteilt. Die Mittelstufe plus richtet sich eigentlich an Schülerinnen und Schüler, die mehr Zeit zur Bewältigung des Stoffs brauchen, die besondere Interessen haben oder ins Ausland gehen wollen. Diese Punkte sind nicht geklärt und werden meines Erachtens mit dem Modell Mittelstufe plus nicht geklärt. Deswegen bewerte ich die Mittelstufe plus sehr kritisch. Wir werden uns beim Antrag der FREIEN WÄHLER enthalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Gehring. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer dem Antrag entgegen dem Ausschussvotum zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Frak-

tion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Das ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Antrag abgelehnt. Langsam kommen wir in die Schlussphase dieses Plenums.